



Den Schock verarbeiten

Nach dem 11. September – Von der Sprache des Terrors zu politischen Handlungsoptionen

EDITORIAL

Der Terrorismus als besonders drastische Form der Gewalt ist unter den heutigen sicherheitspolitischen Bedingungen ein wichtiger Gegenstand der Friedensforschung. Die Bilder des 11. September haben viele zunächst sprachlos gemacht, um dann eine Flut von Fragen aufzuwerfen, getragen von dem Wunsch nach Erklärungen für bis dahin kaum Vorstellbares. Welch prägende Wirkung die Sprache in diesen Kontext besitzt, zeigen die politischen Debatten und Schlagzeilen der Medien der vergangenen Wochen.

Deshalb setzt der vorliegende *HSFK-Standpunkt* bei der Begriffsbestimmung an, wenn er die Rhetorik von „Krieg“, „Kreuzzug“ und „Kampf der Kulturen“ kritisch hinterfragt. Sollte man nicht, anstatt von einer „Zeitenwende“ zu reden, den 11. September in der Entwicklung des Terrorismus verorten und die Bedingungen für seine Entstehung analysieren? Wird es nicht Zeit, über die Notwendigkeiten einer gemeinsamen Weltsicherheitspolitik nachzudenken? Welche Wege der multilateralen Zusammenarbeit müssen beschritten werden, um dieser massenmörderischen Form des internationalen Terrorismus wirkungsvoll zu begegnen? Militärische Operationen – wenn sie denn überhaupt sinnvoll sind – allein führen dabei nicht zum Ziel, sondern sollten durch innen- und rechtspolitische Maßnahmen und eine globalen Kooperation ergänzt werden. Letztendlich muss es vor allem darum gehen, den Gründen des Terrorismus politisch und ökonomisch entgegenzuwirken. *Nicola Buskotte*



Bergungstrupps haben ein sieben Stockwerke hohes Reststück des World Trade Center für ein künftiges Mahnmal gegen den Terrorismus gesichert. Genaue Pläne für dessen Gestaltung, mit dem zugleich der etwa 6000 Opfer des Anschlags auf das WTC gedacht werden soll, gibt es bisher noch nicht. Das Fassadenteil soll nach den Vorstellungen der New Yorker Stadtverwaltung jedoch deutlich sichtbar aufgestellt werden. Bild: dpa

Harald Müller

Der Schock sitzt tief. Es wird lange dauern, bis wir die Bilder des 11. Septembers verarbeitet haben werden. Ein beispielloses Ereignis – ein durchgeplanter, medial inszenierter Massenmord an unschuldigen Menschen. Der Ruf nach Rache ist aus der schrecklichen Situation heraus verständlich und laut. Er darf indes keinesfalls dazu führen, dass die nüchterne Analyse des Ereignisses und seiner Folgen durch Hektik und überschnelle Handlungen verdrängt wird. Es geht darum, weitere Taten dieses Ausmaßes zu verhindern, nicht aber, Vergeltung zu üben. Bislang zeigen sich in der Politik viel Besonnenheit, aber eben auch falsche Töne. Das Risiko von Überreaktionen und eines in Schwarz-Weiß-Malerei abdriftenden Diskur-

ses – und entsprechender, gefährlicher Handlungen – ist noch nicht gebannt.

Das Ereignis hat mit einem Schlag die größte Gefahr für unsere Sicherheit offenbart: einen Megaterrorismus¹, der hinsichtlich der Größe des angestrebten Schadens und der Zahl der Opfer keine Grenzen mehr kennt. Traditionelle zwischenstaatliche Rivalitäten, das Aufkommen neuer Großmächte, die Instabilitäten von regionalen und lokalen Konflikten, ja selbst die Bedrohung durch die vielzitierten „Schurkenstaaten“ treten vor dieser Gefahr zurück. Was Sicherheitspolitik künftig sein wird, hat sich an dieser Gefahr zu orientieren. Neue Instrumente sind erforderlich, aber alte werden im neuen Lichte eher noch wichtiger, wie sich zeigen wird.

Der Kampf gegen den Megaterrorismus nach dem 11. September muss damit beginnen, dass wir im eigenen Denken Klarheit

und Geradlinigkeit schaffen. Die Debatte in unserem Lande und in den Vereinigten Staaten, die im Schockzustand, hoch-emotionalisiert und angstgeprägt begonnen hat, erweist sich bislang als eine Mixtur aus Besonnenheit sowie Begrifflichkeiten und Konzepten, die falschem Denken entspringen und schädliche Aktivitäten einleiten können. Fatalerweise entsprechen sie dem Diskurs, den die Terroristen uns gerne aufzwingen würden.

„Krieg“: Als Erstes ist die mittlerweile gängige Deutung des Geschehens als „Krieg“ zu nennen. Offenkundig verdankt sich dieser Gebrauch der instinktiven Vorstellung, ab einer bestimmten Zahl von Opfern sei eine andere Beschreibung gar nicht möglich.

Nun ist Krieg jedoch eine politische Interaktion, ein völkerrechtlicher Begriff, dessen Gebrauch an ganz bestimmte Bedingungen geknüpft ist und auch bleiben sollte; denn er transportiert auch bestimmte normative Vorstellungen, die wir mit terroristischen Akteuren auf keinen Fall verbinden sollten. Ein Krieg wird zwischen Staaten oder zwischen einem Staat und einer allgemein anerkannten Kriegspartei (z.B. einer nationalen Befreiungsbewegung) um politischer Ziele willen geführt. Er unterliegt der völkerrechtlichen Einhegung durch das humanitäre Völkerrecht.

Nichts davon trifft hier zu. Auch wenn die Tat monströse Ausmaße hat, handelt es sich dennoch um ein terroristisches Verbrechen, nicht um einen Kriegsakt.² Mit großer Sorgfalt haben die Architekten des gegenwärtig in den Vereinten Nationen diskutierten Entwurfs über ein Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus dar-

auf geachtet, terroristische Akte nicht als politische Handlungen zu definieren, um es den Mitgliedstaaten unmöglich zu machen, Strafverfolgung und Auslieferung zu verweigern. Der Krieg ist aber ein politischer Akt. Weder das Kapitel VII der UN-Charta, das den Sicherheitsrat auch zur Verhängung militärischer Sanktionen ermächtigt, noch der Artikel 51, der die Selbstverteidigung angegriffener Staaten rechtfertigt, sprechen von Krieg, sondern von „Bedrohung oder Bruch des Friedens“ bzw. „Angriff gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen“. Auch Artikel V des Washingtoner Vertrages (NATO) und des Brüsseler Vertrages (Westeuropäische Union) sprechen vom „bewaffneten Angriff auf einen oder mehrere von ihnen“ bzw. „Angriff auf einen Mitgliedstaat“. Ein sol-

lich ihr eigenes Volk. Das Unbehagen an der Rede vom Krieg ist nicht Friedensforschern vorbehalten; der französische Staatspräsident, der belgische Außenminister und der frühere deutsche Außenminister Genscher teilen es. Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vom 21. September vermeidet den Begriff aufs sorgfältigste.

Der Krieg ist nicht universal verboten. Als Verteidigungskrieg ist er erlaubt, als nationaler Befreiungskrieg gelegentlich anerkannt worden. Für Terroristen trifft es allgemein zu, dass sie sich in einem verzweiferten Verteidigungskampf gegen einen überlegenen Gegner sehen.³ Auch Bin Laden hat seine Aktionen als notwendig im Kampf um die Befreiung arabischen Territoriums von

fremder Besetzung und für das Überleben der islamischen Kultur zu begründen versucht.⁴ Die Terroristen wünschen sich also nichts mehr als die Anerkennung als Kriegspartei. Man erinnere sich daran, wie die inhaftierten RAF-Mitglieder den Status als „Kriegsgefangene“ einforderten. Die Terroristen sehen sich selbst als „Gotteskrieger“, als Soldaten in einem heiligen, „kosmischen“ Krieg gegen die Kräfte des Bösen.⁵ Verbrecher nicht als Krieger anzuerkennen, ist nicht zuletzt bedeutsam im Blick auf das sympa-

thetisierende Umfeld der Täter. Ein Verbrechen bleibt ein Verbrechen und sollte genauso auch bezeichnet werden.

„Kreuzzug“: Noch schlimmer ist freilich die Verwendung von kulturalistischen Kampfbegriffen. Es sträuben sich einem die Haare, wenn man liest und hört, dass der amerikanischen Präsident wiederholt von einem „Kreuzzug gegen den Terrorismus“ sprach, während die US-Regierung im gleichen



Die RAF-Terroristen verstanden sich als „Kriegsgefangene“: Nach der Beerdigung des am 9. November 1974 an den Folgen eines Hungerstreiks gestorbenen RAF-Terroristen Holger Meins formierte sich ein Demonstrationzug. Bild: dpa

cher Angriff kann ein Kriegsakt sein, kann aber eben auch durch andere Handlungen – ein terroristisches Verbrechen – gegeben sein.

Möglicherweise glauben die Politiker, die (vor allen Dingen in den USA) von Krieg sprechen, nur so die erforderliche nationale Einheit der Amerikaner schaffen und die ungeheuren Energien freisetzen zu können, die für die bevorstehende Anstrengung benötigt werden. Sie unterschätzen vermut-

Atemzug die größten Anstrengungen unternimmt, mehrheitlich moslemische Länder zur Unterstützung der Terrorismusbekämpfung zu gewinnen. Für einen Kampf gegen den Terrorismus sind diese Staaten sicher zu haben. Aber wie kann man erwarten, dass sie sich einem „Kreuzzug“ anschließen, ein Begriff, der aufgrund seiner historischen Assoziationen im moslemischen und vor allem arabischen Diskurs für die imperialen Bestrebungen des Westens gegen die moslemische Welt steht? Auch „Kreuzzug“ ist im amerikanischen Diskurs ein Signum für die außerordentliche Anstrengung, welche vor der Nation liegt. Der Terminus taugt mit seinem kulturell ausgrenzenden historischen Gehalt jedoch überhaupt nicht, die unverzichtbare multikulturelle Koalition formen zu helfen. Die Gedankenlosigkeit, mit der hier Porzellan zerschlagen wird, ist das Gegenteil von souveräner Führung. Die Terroristen können sich hingegen freuen, ein so unvergleichlich symbolisch wirksames Instrument für die Mobilisierung ihrer Anhänger und zögernder Sympathisanten erhalten zu haben. Mittlerweile hat sich die amerikanische Regierung für den Gebrauch dieses Unworts entschuldigt.

„*Kampf der Kulturen*“: Jegliche Äußerung ist zu vermeiden, die der verhängnisvollen Parole vom „Kampf der Kulturen“ weitere Nahrung geben könnte. Selbst der Urheber des Begriffs, Samuel Huntington, fühlte sich genötigt zu versichern, hier gehe es um etwas anderes. Vereinzelt Pöbeleien gegen Moslems in Deutschland oder der versuchte Anschlag auf eine Moschee in München verweisen auf Risiken für die innere Stabilität, die mit diesem Diskurs verbunden wären: Die deutschen Politiker scheinen dies erkannt zu haben und haben – von Bundespräsident Rau bis zum bayerischen Innenminister Beckstein – mehrfach deutlich gemacht, dass es nicht um einen Gegensatz zwischen westlicher Welt und Islam gehen kann und darf. Freilich sind Deutungen wie „Angriff auf die westliche Zivilisation“, „Angriff gegen die Demokratien“ usw. geeignet, dieselben Ausschließungsmechanismen in die Debatte einzuführen, wie sie mit „Kampf der Kulturen“ verbunden sind. Stattdessen sollte man sich vergegenwärtigen, dass die Verurteilung der Bluttat sich durch alle Kulturkreise hin-

durchzieht. Wie berichtet wurde, enthielten auch amerikakritische Freitagspredigten in der arabischen Welt eine unzweideutige Verdammung des Mordes. In Teheran wurde für die Opfer demonstriert. Palästinenser spendeten Blut und schickten der amerikanischen Vertretung Kondolenzgrüße. Noch einhelliger waren – mit Ausnahme Saddam Husseins – Äußerungen aus den Regierungen. Diese Positionen sind dreifach begründet:

- Kaum ein Staat will es sich mit der Supermacht USA verderben.
- Zahlreiche Regierungen sehen sich vergleichbaren Bedrohungen ausgesetzt; das gilt etwa für Russland, Indien, China und viele Regierungen des islamischen Raumes.
- Die Vernichtung unschuldigen Lebens widerspricht den ethischen Maximen aller Kulturen und Weltreligionen. Während Einzeltaten verdrängt oder entschuldigt werden können, lässt das Spektakuläre und Einmalige des 11. September dies nicht mehr zu, sondern verlangt nach einer eindeutigen Entscheidung zwischen Gut und Böse nach den Maßstäben der eigenen kulturellen Moral. Und hier zeigt sich nun, dass die Entscheidung ganz überwiegend gegen die Tat ausfällt – ein wichtiger Hinweis auf die gemeinsamen Grundlagen des von Hans Küng seit langem eingeforderten „Weltethos“.⁷

„*Vergeltung gegen Afghanistan*“: Außer der Propagierung eines „Kreuzzugs“ ist wohl keine andere Phrase so geeignet, Vorbehalte unter den Moslems zu wecken wie die Rede von der „Vergeltung gegen Afghanistan“, vom stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsminister Paul Wolfowitz in das unmenschliche Wort vom „Auslöschen eines Staates“ gesteigert.

Fast alles ist hier falsch: Afghanistan ist insoweit gegenwärtig kein wirklicher Staat, als die das Territorium weitgehend beherrschenden Taliban keine universal anerkannte Regierung darstellen. Lediglich Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate hatten mit dem „Emirat“ Botschafter ausgetauscht. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien haben nach den Anschlägen vom 11. September ihre diplomatischen Beziehungen abgebrochen,

Artikel 51 der UN-Charta

„Die Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.“

Aus dem Kapitel VII „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“ der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1946.

(zitiert nach: Beck-Texte: Abrüstung – Nachrüstung – Friedenssicherung, München 1983)

Pakistan hat seine Diplomaten aus Kabul abgezogen.

Um Rache gegen das gesamte Land kann es überhaupt nicht gehen. Die bettelarme, von zwanzig Jahren Krieg geschundene Bevölkerung leidet unter der fanatischen, religiös verbrämten Diktatur, die im übrigen allenfalls für die größte Volksgruppe, die Paschtunen (40 Prozent der Gesamtbevölkerung) annehmbar ist. Sie hat weder an der Duldung terroristischer Gruppen noch an deren Aktivitäten Anteil. Die Vereinigten Staaten sollten nicht verdrängen, dass sie selbst in den achtziger Jahren das Netzwerk Bin Ladens, später auch die Taliban selbst über ihren Partner Pakistan aktiv unterstützt und noch in den neunziger Jahren sich massiv für den Bau einer Pipeline von Zentralasien durch das Taliban-Land eingesetzt haben, um alternative Routen über iranisches oder russisches Territorium zu vereiteln.

Die USA tragen daher eine unleugbare Bringschuld, dass die afghanische Zivilbevölkerung von militärischen Aktionen verschont wird. Vergeltung kann es nur insofern geben, als sie sich strikt auf Standorte der Terroristen oder militärische Ziele ihrer Schutzmacht beschränken. Jede militärische Handlung, die nicht präzise und ausschließlich dem Zweck dient, das terroristische Geflecht zu schwächen und somit Wiederholungshandlungen zu erschweren, hat keine Berechtigung, wird die Solidarität der Moslems im Kampf gegen den Terrorismus untergraben und verdient daher auch keine Unterstützung. Nicht „Auslöschung des Staates“ darf das Maximalziel einer militärischen Operation sein, sondern allenfalls die Befreiung der Afghanen von der Taliban-Diktatur, sofern diese sich weiterhin die Zusammenarbeit verweigert.

„*Zeitenwende*“: Der letzte Topos schließlich, der die öffentliche Diskussion in eine falsche Richtung zu lenken droht, ist der von der „*Zeitenwende*“ oder von einem „*Geschichtsbruch*“. „Nichts ist mehr so wie früher“ – man hört und liest diese Phrase in Fernsehmagazinen, Stellungnahmen und Feuilletons bis zum Überdruß. Gewiss hat der 11. September neue Voraussetzungen für die Sicherheitspolitik geschaffen. Nur im Interesse der Terroristen läge es jedoch zu behaupten, dass *alles* total anders geworden sei. Welch ein Triumph für die Mörder! Mit einer einzigen Aktion können sie die Welt ver-

ändern! Wollen wir ihnen das wirklich zugehen? Es geht jetzt darum, nüchtern zu bestimmen, was gleich geblieben ist und welche Aspekte unseres Lebens im Kleinen und in der Weltpolitik im Großen dabei sind, sich zu verändern.

Dass nichts mehr so sei wie früher, ist Unfug. Die militärische, politische und wirtschaftliche Stärke der USA ist auch nach dem 11. September ungebrochen. Die Opfer waren schrecklich. Aber die amerikanische Macht ist, was sie vorher war. Die Attacke auf das Pentagon hat die Bereitschaft des amerikanischen Militärapparates nicht vermindert. Ebenso ungebrochen ist die Stärke des Westens und seiner Allianzen und Organisationen als Ganzes. Wenn überhaupt, ist diese Stärke durch größere Einheit noch gewachsen.

Die großen Menschheitsprobleme: Klimaveränderung, Hunger, Seuchen, ungleiche Verteilung von Reichtum, ungelöste Probleme internationaler wirtschaftlicher Steuerung, regionale Konflikte harren immer noch ihrer Lösung. Die wirtschaftliche Verflechtung nimmt weiter zu; Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit von der Abrüstung bis zu den Menschenrechten bestehen nach wie vor, in den Vereinten Nationen und in zahlreichen fachspezifischen und regionalen Zusammenhängen. Was als westliche Werte bezeichnet wird, glauben und vertreten wir nun erst recht. Der 11. September war ein Einschnitt, aber keineswegs ein totaler.

Was hat sich geändert? Das Bewusstsein von unserer fundamentalen Verwundbarkeit, das zuvor nur in der akademischen und der Expertendiskussion bestand, ist allgemein geworden. Das Konzept der Risikogesellschaft hat diese Verwundbarkeit – in anderem Zusammenhang – auf den Begriff gebracht und zwar bereits vor eineinhalb Jahrzehnten.⁸ Jetzt dringt es ins allgemeine Bewusstsein – aber was heißt das? Die Verwundbarkeit kann durch vorbeugende Maßnahmen verringert werden. Natürlich müssen und werden wir das tun; gänzlich aufzuheben ist die Verwundbarkeit dennoch nicht.

Die großen Städte, in denen Massen von Menschen ihrer Arbeit nachgehen, werden auch durch die Ansätze zur Dezentralisierung in der Informationsgesellschaft als die beherrschende Siedlungs- und Lebensform nicht beseitigt werden. Sie sind ja Bedingung

des Wohlstandes und des Lebensstils, der westliche Gesellschaften kennzeichnet, und die Voraussetzung, unter denen sich die Lage anderswo verbessern kann. So sind und bleiben sie verwundbar für den kalkulierten Massenmord.

Mit dieser Verwundbarkeit müssen wir leben lernen, so wie wir mit den horrenden Opfern des Straßenverkehrs leben: Wir versuchen, die Zahl zu senken, indem wir Maßnahmen ergreifen, die dazu geeignet scheinen. Doch wir schrecken selbst vor einer Geschwindigkeitsbegrenzung zurück, weil anscheinend zu viele der Meinung sind, damit zuviel an Freiheit einzubüßen. Gegenüber der terroristischen Drohung wird sich die Einstellung ähnlich entwickeln: Über Vorbeugung wird nachgedacht werden, aber wir werden letztlich nicht damit einverstanden sein, die Freiheit weitgehend auf dem Altar der Vorbeugung zu opfern. Denn damit würden wir uns den gesellschaftlichen Idealvorstellungen der Terroristen annähern.

Der 11. September 2001 in der Entwicklung des Terrorismus

Der 11. September macht deutlich, dass wir in eine neue Phase des Terrorismus eingetreten sind: Terroristen setzen den Massenmord kalkuliert als Mittel für ihre Zwecke ein. Dass sie überdies den eigenen Tod in Kauf nehmen, schränkt viele Möglichkeiten von Abschreckung und Bekämpfung ein. Die Zeichen für diese Gefahr haben sich im letzten Jahrzehnt gehäuft. Dennoch hat man sich auch in der Analyse des Terrorismus zu lange an den Erfahrungen mit dem europäischen Linksterrorismus der siebziger Jahre orientiert. Rote Armee Fraktion, Rote Brigaden, Action Directe usw. zielten darauf ab, die Autorität des Staates zu untergraben, durch den Mord an symbolischen Vertretern der herrschenden Macht und ihren Sicherheitskräften die Bürger und Bürgerinnen zu verunsichern und damit schrittweise die allgemeine Revolution vorzubereiten. Sich selbst als Avantgarde missverstehend, mussten diese Terroristen letztlich darauf hoffen, die für ausgebeutet und unterdrückt gehaltenen Massen würden sich, ihrem Beispiel folgend, eines Tages erheben. Mit dieser Hoffnung unvereinbar waren daher direkte Angriffe auf die Bevölkerung. Der



Blick auf den am 2. August 1980 durch einen Bombenanschlag zerstörten Bahnhof der norditalienischen Stadt Bologna. Bei dem bisher schwersten Terroranschlag in Italien wurden 81 Personen getötet und 200 verletzt. Bild: dpa

Massenmord als Mittel des Terrors schied somit aus. Dass Terroristen schon in den siebziger Jahren international zu operieren begonnen hatten, hätte eine Warnung darstellen sollen: Gegenüber der fremden Bevölkerung ist die genannte Barriere zwischen Terror und Massenmord viel niedriger. Dennoch wurde lange die Formel des führenden amerikanischen Terrorspezialisten Brian Jenkins nicht kritisch hinterfragt: „Terroristen wollen viel Aufmerksamkeit, nicht viele Leichen“⁹. Bereits Ende der achtziger Jahre¹⁰ war jedoch Skepsis gegenüber dieser These angebracht: „Die (...) Barriere ist wirksam nur gegenüber der eigenen Bevölkerung. Terrorismus ist aber zunehmend grenzüberschreitend. Für religiös motivierte Terroristen unterliegt der Massenmord an Andersgläubigen u. U. keinem moralischen Verdikt. (...) Die moralischen und politischen Hemmschwellen gegen den Nuklearterrorismus in terroristischen Gruppen könnten daher niedriger sein, als oft angenommen wird.“¹¹

Es ist nicht Religion allein, die den terroristischen Massenmord rechtfertigt. Die erste Tat dieser Art, der Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna 1980 mit 81 Toten und rund 200 Verletzten, ging auf das Konto rechtsextremistischer Täter. Gleichwohl können religiöse Motive eine noch stärkere enthemmende Wirkung mit sich bringen. Religiöse Differenzen tendieren ins Absolute und entziehen sich dem Kompromiss. Ketzer, Ungläubige und Abtrünnige sind nicht ein-

fach Gegner in einem erbitterten, auch gewaltsamen politischen Kampf, sondern Vertreter des Bösen, Ausgeburten des Satans; sie verlieren ihr menschliches Gesicht vollkommen. Gegenüber vermeintlich göttlichen Befehlen zählen moralische Hemmungen gegen das massenhafte Töten nicht mehr. Die Absolutheit des Religiösen setzt alle Barrieren außer Kraft. Vergessen wir nicht, dass der – verhältnismäßig – blutigste und langwierigste Konflikt auf deutschem Boden der Dreißigjährige Krieg war, in dem sich religiöse und politische Belange untrennbar miteinander vermischt hatten.

Drei Trends kennzeichneten die Entwicklung des Terrorismus in den letzten fünfzehn Jahren: Erstens ist die Zahl terroristischer Gruppen mit religiösem Hintergrund von weniger als zehn Prozent der terroristischen Vereinigungen insgesamt (1980) auf weit mehr als fünfzig Prozent heute angestiegen. Zweitens stieg damit auch die Zahl der religiös motivierten Terroristen im Vergleich zur Gesamtzahl. Diese Entwicklung blieb im übrigen keineswegs auf die islamische Welt beschränkt: Sie findet sich im Gegenteil ebenso im christlichen, jüdischen, hinduistischen und buddhistischen Umfeld.¹²

Drittens sinkt insgesamt die Zahl der Anschläge, während zugleich die Zahl der Opfer pro Anschlag steigt: Terroristen zielten in immer höherem Maße auf einen blutigeren „Erfolg“ ab.¹³ Das Flugzeugattentat von Lockerbie oder die Zerstörung des Bundes-

Artikel 5 des NATO-Vertrags

„Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffen-gewalt trifft, die sie für erforderlich erachten, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten. Von jedem bewaffneten Angriff und allen daraufhin getroffenen Gegenmaßnahmen ist unverzüglich dem Sicherheitsrat Mitteilung zu machen. Die Maßnahmen sind einzustellen, sobald der Sicherheitsrat diejenigen Schritte unternommen hat, die notwendig sind, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten.“

Aus den Nordatlantik-Vertrag vom 4. April 1949.

(zitiert nach: Beck-Texte: Abrüstung – Nachrüstung – Friedenssicherung, München 1983)

behörden-Gebäudes in Oklahoma City mit jeweils mehreren hundert Toten waren bereits Massenmorde. Auch die über Jahre hin anhaltenden Mordtaten der algerischen GIA – ausgeübt überwiegend gegen wehrlose Zivilisten des eigenen Glaubens – stellen in ihrer Summe Massenmord dar, was allerdings durch den Abnutzungseffekt und die Tatsache, dass nur selten Menschen aus westlichen Ländern zu Schaden kamen, bei uns weitgehend ignoriert worden ist. Über den Angriff von 1993 auf das World Trade Center schrieb ich 1997: „Der Anschlag auf das World Trade Center zielte auf Massenvernichtung. Eine fünfstellige Zahl von Menschen sollte allein im Gebäude selbst getötet werden.(...) Wäre das Gebäude auf die Wall Street gefallen – was nach Lage der Dinge möglich gewesen wäre – so hätte der tödliche Effekt den von Nagasaki erreichen können.“¹⁴

Mit dem 11. September ist der Massenmord endgültig zum Instrument eines hochmotivierten, wohlorganisierten, perfekt planenden Terrorismus mit religiös-politischer Motivation geworden. Dass Terroristen dieser Prägung versuchen werden, diesen „Tatenerfolg“ noch zu übertreffen, ist zu erwarten. Sicherheitspolitik hat sich darauf einzustellen.

Dass sich eine gleiche Inszenierung wiederholt, ist wenig wahrscheinlich. Die Sicherheitsvorkehrungen im Flugverkehr werden drastisch erhöht, einschließlich bewaffneter Flugbegleiter, welche die höchst gefährdete israelische Fluglinie El Al seit Jahren vor terroristischen Angriffen geschützt haben. Die Vorwarn- und Ermittlungsraster der Geheimdienste und Polizeien werden sich auf die typischen Tätersignaturen (z. B. Menschen mit Pilotenausbildung) einstellen. Und schließlich zeigt das Verhalten der Passagiere der bei Pittsburgh abgestürzten Maschine, die Kenntnis von der Zerstörung des World Trade Center hatten, dass das Wissen um die Absicht der Terroristen die Einstellung der Opfer verändert: Die Gewissheit, dass der eigene Tod bevorsteht und dass man als Waffe zur Tötung vieler Unschuldiger missbraucht werden soll, kann eine heroische Widerstandskraft mobilisieren, welche die Absichten der Terroristen vereitelt.

Da die Attentäter all dies auch wissen, werden sie nach Möglichkeiten suchen, ihre Absichten mit anderen Mitteln umzusetzen.



Am 21. Dezember 1988 wurde der Jumbo-Jet „Maid of the Seas“ der US-amerikanischen Fluggesellschaft PanAm in 10.000 Metern Höhe über der schottischen Ortschaft Lockerbie von einer Bombe in der Luft zerissen. Alle 258 Menschen an Bord starben, zwölf Einwohner des Dorfes wurden von herabfallenden Flugzeugteilen erschlagen. Die Trümmer waren über mehr als 100 Kilometer verstreut. Gegen die Attentäter, zwei hochrangige libysche Geheimdienstagenten, wurde 1991 von den USA und Großbritannien Haftbefehl erlassen. Im Februar 2001 wurde einer der beiden Angeklagten zu lebenslanger Haft verurteilt, der andere freigesprochen. Bild: dpa

Freilich haben sie selbst einen hohen Standard gesetzt. Die Wirkung des 11. September ist schwer zu erreichen oder gar zu übertreffen. Dennoch werden künftige Ereignisse an diesem Maßstab gemessen werden. Damit richtet sich der Blick nahezu automatisch auf Terror mit Massenvernichtungswaffen, namentlich chemischen und biologischen Kampfstoffen.¹⁵ Bei Fachleuten schon seit langem in der Diskussion, ist die Möglichkeit durch den Charakter des Angriffs am 11. September – den wahllosen Mord an Unbeteiligten – ins Zentrum der sicherheitspolitischen Überlegungen gerückt.¹⁶

Rahmenbedingungen für die Entstehung terroristischer Motive

Um den Terrorismus wirksam bekämpfen zu können, ist es nötig, seine Ursachen zu verstehen. Nur wenn die Bedingungen terroristischer Motivationen, die Menschen in solche Wahnsinnstaten wie am 11. September treiben, genau ins Blickfeld genommen werden, lassen sich Instrumente der Terrorismusbekämpfung definieren und einander zuordnen. Dabei ist es sinnvoll, sich diese Bedingungen als in drei konzentrischen

Kreisen angeordnet vorzustellen. Am weitesten gespannt sind allgemeine soziale und kulturelle Bedingungen, die eine Stimmung allgemeiner Unzufriedenheit schaffen, ohne die der Nachwuchs an terroristischen Rekruten nicht möglich wäre. Sodann folgen Faktoren politischer und religiöser Mobilisierung, welche die Richtung der Aktivität festlegen und die Intensität des Engagements formen. Der Sprung über die letzte Hemmschwelle der Gewaltbereitschaft verlangt schließlich besondere individuelle Motivationen.

Soziale und kulturelle Faktoren: Die Chancen für terroristische Rekrutierungen sind dort hoch, wo viele – vor allem junge – unzufriedene, verzweifelte und aussichtslose Menschen leben. Die Schuld für die eigene Lage wird häufig anderen zugeschrieben: der eigenen korrupten, unfähigen und unterdrückerischen Regierung und denen, deren Macht und Reichtum als totales Gegenbild der eigenen Situation erscheint: dem Westen und vor allem seiner Führungsmacht USA. Die Misere reicht weit über die Reihen der wirklich Armen hinaus. So hat die Stagnation der Staatsbürokratien und der öffentlichen Betriebe dazu geführt, dass die Berufserwartungen für Akademiker vielerorts äußerst unsicher geworden sind. Schließlich wirkt die allgemeine Lage auch bewusst-

seinsformend auf manche Menschen, die selbst von Elend oder Unsicherheit nicht betroffen sind: Bin Laden ist bekanntlich steinreich.

Die fehlende positive Lebensperspektive lässt diese Menschen nach anderen Wegen suchen, dem eigenen Dasein Sinn und Zweck zu geben. Das Bedürfnis danach ist um so stärker, als die Modernisierung, vor allem deren gegenwärtige Phase der Globalisierung, traditionelle Sinnstiftung und deren Umsetzung in die Praktiken des überkommenen Alltagslebens massiv untergräbt. Die Rückbesinnung auf vermeintlich authentische Traditionen der eigenen Kultur verspricht einen – wie immer trügerischen – Halt, einen Rettungsanker in einer Flut von Ungewissheit und Unsicherheit.

Beileibe nicht alle Menschen schlagen diesen Weg ein; viele versuchen sich an das von außen Kommende anzupassen oder lebbare Mischungen der eigenen Traditionen und des Fremden zu finden. Gleichwohl sind die Integrationsangebote radikaler Gruppierungen in Zeiten des radikalen Umbruchs eine große Verführung. Denn sie verbinden relative materielle Sicherheit mit einer unwiderstehlichen, allumfassenden Sinnstiftung. Die einer göttlichen Mission zu sein bietet schon deshalb völlige mentale Sicherheit, weil jedes Hinterfragen von vornherein tabuisiert ist; das erhöht das eigene Selbstwertgefühl in unvergleichlicher Weise.¹⁷

Die Identifizierung des Feindes und die politischen Rahmenbedingungen: Sind in diesen Bedingungen allgemeine Ursachen politischer Motivationen angelegt, die in die Bereitschaft zum Terrorismus umschlagen können, so gestatten konkrete politische Konflikte, den Feind deutlicher zu definieren. Für die islamische Welt spielen sich diese Konflikte seit 200 Jahren, seit der napoleonischen Invasion Ägyptens, in einer Serie von traumatischen und frustrierenden Erfahrungen eigener Schwäche und fremder Überlegenheit vor allen Dingen in der Auseinandersetzung mit dem Westen ab.

Die koloniale Unterwerfung im 19. Jahrhundert, der Verrat der siegreichen Briten und Franzosen an ihren arabischen Verbündeten nach dem Ersten Weltkrieg, denen sie erst Unabhängigkeit versprochen hatten und dann Protektorate bescherten, die Teilung Palästinas, der CIA-gelenkte Putsch gegen die gewählte zivile Regierung Irans in den frühen fünfziger Jahren, der Suez-Krieg, schließlich die Parteilichkeit der Weltmacht USA zugunsten Israels – dies alles verknüpft sich zu einer Kette von bewusstseins- und weltanschaulich geprägten Erfahrungen, die viel von der antiwestlichen, antiamerikanischen Grundierung in der Welt des Islam erklären. Die Hoffnung, nach dem Golfkrieg würde sich das Verhältnis zwischen dem Westen und der islamischen Welt neu justieren, würde insbesondere der Nahost-Konflikt energisch

Entschließungsantrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den Terroranschlägen in den USA und zu den Beschlüssen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie der NATO

(...)

3. *Der Deutsche Bundestag unterstützt mit Nachdruck die amerikanischen Bemühungen um ein weltweites Bündnis zum Kampf gegen den Terrorismus und begrüßt es, dass bereits zahlreiche Länder ihre Kooperationsbereitschaft bei dieser Initiative bekundet haben, darunter auch mehrere arabische und islamisch geprägte Staaten. Es liegt im Interesse aller Völker, den Terrorismus weltweit zu bekämpfen. In diesem Sinne spricht sich der Deutsche Bundestag für international abgestimmtes Vorgehen und besonnenes Handeln aus.*

4. *Der Deutsche Bundestag begrüßt die Resolution 56/1 der Generalversammlung und die Resolution 1368 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 12. September 2001, in der festgestellt wird, dass der Sicherheitsrat terroristische Angriffe wie in New York und Washington (DC) als Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit ansieht.*

5. *Der Deutsche Bundestag unterstützt den Aufruf des Sicherheitsrates zur internationalen Zusammenarbeit, damit die Täter, Organisatoren und Förderer dieser terroristischen Angriffe vor Gericht gebracht werden und diejenigen, die für die Hilfe, Unterstützung oder Beherbergung der Täter, der Organisatoren und der Förderer verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden.*

6. *Der Deutsche Bundestag stimmt der Erklärung des Nordatlantikkongresses vom 12. September 2001 zu, in der festgestellt wird, dass der terroristische Angriff vom 11. September 2001 gegen die Vereinigten*

Die Skulptur „Gate of Time“ gehört zum nationalen Mahnmahl in Oklahoma City, mit dem die Erinnerung an die Opfer des Bombenanschlags wach gehalten werden soll. Am 19. April 1995 um 9.03 Uhr Ortszeit explodierte vor dem Alfred P. Murrah Federal Building in der Innenstadt eine mächtige Bombe. 168 Menschen kamen bei dem Terroranschlag ums Leben, mehr als 500 wurden verletzt. Der Attentäter McVeigh wurde zum Tode verurteilt und am 16. Mai 2001 durch eine Giftspritze hingerichtet. Bild: dpa



(Fortsetzung auf Seite 9)

und gerecht gelöst, hat sich zerschlagen. Der Afghanistan-Krieg und der Rückzug der Sowjetunion hat bei vielen Moslems die Vorstellung geweckt, sich auch aus eigener Kraft gegen eine Supermacht behaupten zu können.

Gemessen an diesen Randbedingungen findet der Terrorismus in der islamischen Welt bisher wenig Unterstützung. Die Reaktionen auf den 11. September zeigen das deutlich. Zwar wurden hier und da offen Triumphgefühle laut. Doch die deutliche Kritik an der amerikanischen Politik im Nahen Osten und gegenüber der islamischen Welt insgesamt verband sich mit einer deutlichen Ablehnung der von den Terroristen gewählten Mittel: Auch im Koran findet der sinnlose Massenmord an Unschuldigen keinen Ansatzpunkt.

Damit ist schon gesagt, dass die genannten sozialen, kulturellen, religiösen und politischen Bedingungen zwar erklären, weshalb im islamischen Teil der Welt ein fruchtbarer Boden für terroristische Rekrutierung vorhanden ist und der Terrorismus, der sich gegen die USA richtet, dort mehr als irgendwo anders zu finden ist. Um aus diesem Umfeld Einzelne zu unbegrenzt gewaltbereiten Terroristen zu machen, bedarf es jedoch noch zusätzlicher Momente.

Das eine ist die Mobilisierung durch wohlorganisierte und finanzkräftige Gruppierungen, die gezielt die Stimmung aufheizen, die Rekrutierung betreiben, die Ausbildung organisieren, Kontakt zu Sympathisanten halten und schließlich die Aktionen planen. Die wechselseitige Bestätigung, Festigung, Zementierung der Wahrnehmungsweise und Verarbeitung der Auseinandersetzung mit dem „Feind“ innerhalb der terroristischen Gruppe setzt eine Psychodynamik in Gang, welche die Gewaltbereitschaft immens steigern kann.

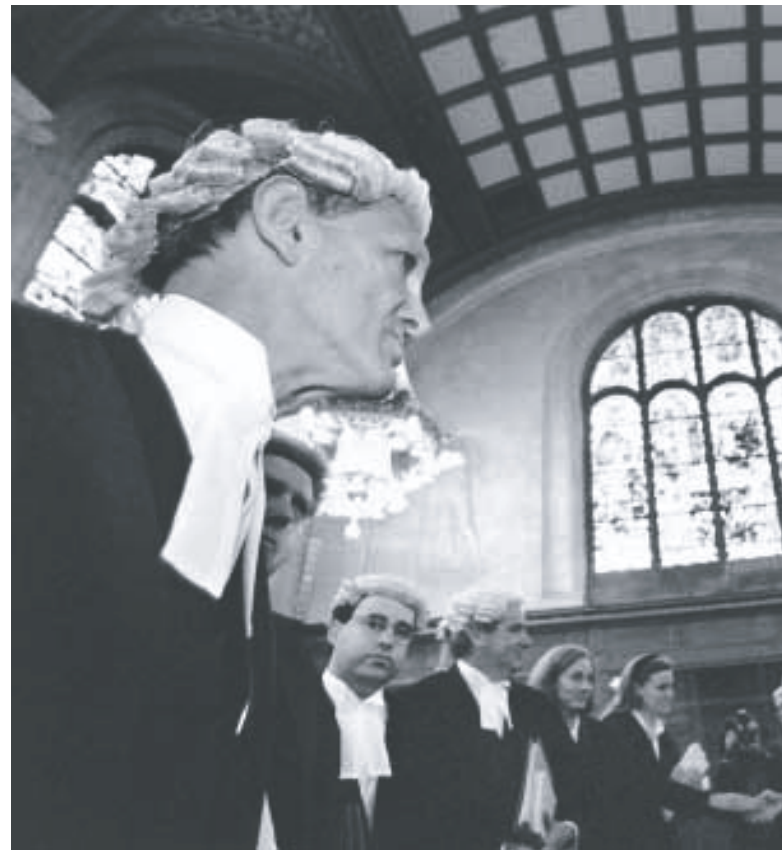
Psychologische Faktoren: Zum anderen bedarf es auch einer persönlichen psychischen Disposition, d. h. einer individuell niedrigen Gewaltschwelle oder persönlicher biographischer Erfahrungen, die zu außergewöhnlich starken Motivationen geführt haben. Dies heißt nicht, dass manche Menschen „als Terroristen geboren werden“. Diese Dispositionen hätten sich in einem anderen sozialen und politischen Umfeld vielleicht kreativ transformieren lassen. Ihr Zusammentref-

fen mit den besonderen Bedingungen einer traumatisierten Geschichte sowie der genannten Gruppendynamik jedoch bringt eine im wahren Sinne explosive Mischung hervor. Diese Dispositionen sind individuell und idiosynkratisch. Terrorismuskarrieren lassen sich daher kaum voraussagen.¹⁸

Das vermeintliche Handeln in göttlichem Auftrag kompensiert die realen Erfahrungen von Ohnmacht durch ein übersteigertes

Streitkräfte zum Ausdruck kam, bestärkte noch dieses – letztlich völlig falsche – Amerikabild. Die militärisch und technisch unterlegenen Mittel werden in einer „asymmetrischen Konfliktstrategie“ gegen die Schwächen und Verwundbarkeiten des Feindes konzentriert.²⁰ Bin Laden hat die Zielsetzung selbst artikuliert: Die USA sollen durch äußerst schmerzliche Angriffe veranlasst werden, sich aus der islamischen

Der britische Prozessbevollmächtigte Sir Franklin Berman (l.) und der libysche Botschafter El Haderi Hamad (r.) unterhalten sich am 13. Oktober 1997 vor Beginn der Verhandlung vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag. Großbritannien hat die sofortige Auslieferung der beiden libyschen Agenten gefordert, die 1988 den Flugzeuganschlag von Lockerbie verübt haben sollen. Nur so könne die Regierung von Muammar el Gaddafi ihre internationale Isolierung durchbrechen, sagte Sir Berman zu Beginn einer Reihe von Anhörungen vor dem höchsten UN-Gericht.
Bild: dpa



Allmachtsgefühl. Dem entspricht das Image der Megaterror-Akte in den Augen der Terroristen, die sich damit auf gleicher Augenhöhe wie die Supermacht sehen. Dies erklärt auch die Machtsymbolik der Ziele. Zugleich wird dieser terror-psychologische Hintergrund durch ein strategisches Kalkül rationalisiert, das hinter dem für die Beobachter so schwer verständlichen „Wahn“ der Tat steht; die Terrorbekämpfung muss diesen strategischen Faktor in Rechnung stellen.¹⁹ Der Westen und Amerika im Besonderen gelten den gestählten, harten „Gotteskrieger“ als konsumsüchtig, hedonistisch und daher dekadent und weich. Die amerikanische Maxime „Keine Gefallenen“, die in den letzten militärischen Einsätzen der US-

Welt zurückzuziehen, so dass die radikalen Islamisten dort freies Schussfeld haben, um die politischen Verhältnisse nach ihren eigenen Träumen umzugestalten.²¹

Wege einer nachhaltigen Terrorismusbekämpfung

Bei allem, was zur Verminderung der terroristischen Gefahr auf internationaler Ebene zu tun ist, muss das Ziel klar sein: Den Terrorismus durch eine Stärkung des internationalen Rechts und der dieses Recht tragenden Staatengemeinschaft einzudämmen und die Machtmittel, die zur Terrorismus-

bekämpfung eingesetzt werden, in den Dienst des Rechts zu stellen. Dies stellt insbesondere strenge Anforderungen an die Umstände, unter denen militärische Mittel eingesetzt werden und an die Art und Weise dieses Einsatzes.

Militärische Operationen: Im Vordergrund der politischen Debatte steht gegenwärtig der militärische Gegenschlag, den die Vereinig-



ten Staaten vorbereiten. Obwohl die Spekulationen, wie er wohl aussehen mag und wie sich die Bündnispartner beteiligen werden, alles beherrschen, ist es doch selbstverständlich, dass Militäraktionen nicht nur ein höchst eingeschränkter Teil einer vernünftigen und zum Ziel führenden Anti-Terrorismus-Politik sind, sondern überdies nur unter bestimmten Bedingungen überhaupt nützlich, sonst aber im Gegenteil schädlich und eskalierend sein können.

Trotz dieser Einschränkungen überzeugen die hierzulande gelegentlich geäußerten Meinungen nicht, eine militärische Aktion könne nie und auf keinen Fall Instrument der Terrorbekämpfung sein und widersprechen prinzipiell dem Ziel, die Terroristen „der Ge-

rechtigkeit zuzuführen“, also einer rechtsförmigen und damit zivilen Verfolgung zu unterwerfen. Zum einen muss man berücksichtigen, dass Ausbildungslager, Schutzverbände der terroristischen Führer sowie die Streitkräfte eines Staates, der Terroristen Unterschlupf gewährt, alles militärische Strukturen sind, denen mit den Organen der zivilen Strafverfolgung nicht beizukommen ist. Zum anderen ist auch daran zu erinnern, dass die juristische Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit häufig erst durch den Einsatz militärischer Mittel möglich wurde: Der Nürnberger Prozess oder das Den Haager Strafgericht gegen Verbrechen im früheren Jugoslawien sind hierfür Beispiele. Die Bedingungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Operationen sind strikt an den Zweck gebunden, die Terroristen und gegebenenfalls ihre Schutzmacht zu schwächen.
- Die zivile Bevölkerung ist nicht Ziel der Angriffe.
- Die Angriffe werden außerdem streng nach den Prinzipien von Verhältnismäßigkeit und Schadensbegrenzung geführt.
- Eine überzeugende internationale Legitimation muss vorhanden sein. Möglicherweise können sich die USA auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta berufen – sie sind angegriffen worden und haben ein berechtigtes Interesse, Nachfolgeangriffen vorzubeugen. Doch wäre über die allgemeine Ermächtigung durch den Sicherheitsrat (wie Entschließung SR 1368) hinaus eine spezifische Ermächtigung politisch geboten, um die Idee einer globalen Koalition gegen den Terrorismus zu verwirklichen. Die Instinkte manches amerikanischen Konservativen gehen in die andere Richtung: Sie wollen für das, was auf die USA zukommt, völlige Handlungsfreiheit. Es ist eine äußerst wichtige Aufgabe der Verbündeten, auf Amerika einzuwirken, um die Bindung an den Sicherheitsrat zu erhalten.
- Die Aktionen sollten von einer internationalen Koalition getragen werden, die auf alle Fälle mehrheitlich moslemische Staaten und natürlich die innerafghanische Opposition einschließen muss.

(Fortsetzung von Seite 7)

Staaten als Handlung im Sinne des Artikels 5 des Washingtoner Vertrages zu gelten hat, wenn sich herausstellt, dass dieser Angriff vom Ausland aus gegen die Vereinigten Staaten verübt wurde. Artikel 5 des Washingtoner Vertrages schreibt vor, dass im Falle von Angriffen jeder Verbündete der angegriffenen Vertragspartei Beistand leistet, indem er die Maßnahmen trifft, die er für erforderlich erachtet.

7. *Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bereitschaft der Bundesregierung, den Bekundungen der uneingeschränkten Solidarität mit den Vereinigten Staaten konkrete Maßnahmen des Beistandes folgen zu lassen. Dazu zählen politische und wirtschaftliche Unterstützung sowie die Bereitstellung geeigneter militärischer Fähigkeiten zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Über diese Maßnahmen ist nach Kenntnis der amerikanischen Unterstützungswünsche in eigener Verantwortung und gemäß der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu entscheiden.*

8. *Der Deutsche Bundestag tritt jeder kulturellen und religiösen Pauschalurteilung entschieden entgegen und wird zusammen mit der Bundesregierung dafür sorgen, dass unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gegen Anfeindungen und Übergriffe geschützt werden. Keine Religion rechtfertigt Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verstöße gegen die Menschenrechte.*

9. *Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bereitschaft der Bundesregierung, über die aktive Solidarität und Unterstützung der amerikanischen Regierung in der gegebenen Situation hinaus zusammen mit anderen Nationen und internationalen Institutionen humanitäre Hilfe zu leisten sowie politische und ökonomische Konzepte zu erarbeiten, die geeignet sind, die Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen und ihm seinen Nährboden zu entziehen.*

(...)

- Die Operationen werden – wenn sie sich neben die Terroristen selbst auch gegen deren „Gastgeber“ richten, mit dem Ziel der Befreiung, nicht der Bestrafung des afghanischen Volkes ausgeführt.
- Sie stehen in einem expliziten und überzeugenden Zusammenhang mit der Zielsetzung, die Terroristen durch Mittel der Justiz zu bestrafen.

Unter diesen strengen Bedingungen ließe sich der mögliche Schaden in der moslemischen Welt, d. h. die Steigerung der antiamerikanischen und der antiwestlichen Ressentiments wahrscheinlich begrenzen. Ob sich derartige Maßnahmen unter den besonderen Gegebenheiten verwirklichen lassen, ist fraglich. Die anderen Bündnispartner sollten diese Kriterien ernst nehmen, selbst wenn ihre militärische Unterstützung nicht in Anspruch genommen werden sollte. Unverzichtbar ist zudem, dass sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit dieser Frage befasst. So sehr die Vereinigten Staaten das Recht haben, sich gegen die Angriffe

und mögliche Nachfolgeaktionen zu verteidigen, so wenig kann die Entscheidung über die Form der Gegenaktionen ihnen allein überlassen bleiben, da deren Konsequenzen die Welt als Ganzes und nicht nur die USA betreffen werden.

Innere Maßnahmen: Die zweite Ebene der Terrorismusbekämpfung liegt in der Stärkung der inneren Vorkehrungen. Hierzu gehören die Beschaffung und Auswertung von Informationen, die Beobachtung verdächtiger Gruppen und Individuen und die konsequente Strafverfolgung. Dabei muss genau

beobachtet werden, inwieweit die extremistische politische Szene auf beiden Seiten des Spektrums sich auswärtigen Terroristen als Kooperationspartner anbietet. Der Antiamerikanismus ist auf beiden Seiten reichlich ausgeprägt. Beim Rechtsextremismus tritt der Antisemitismus hinzu. Eine Verlautbarung der NPD schrieb den USA selbst die Schuld für den Anschlag zu. Diese Argumentationsfigur findet sich mittlerweile auch auf der Linken. Es sei daran erinnert, dass es zu den klassischen Rechtfertigungsfiguren des deutschen Antisemitismus nach dem Zweiten

Fähigkeiten haben – etwa bei der Dekontamination von mit Kampfstoffen verseuchten Objekten und Gebieten –, kämen sie überhaupt nur zum Einsatz, wenn im Inneren bereits der Notstand nach einer terroristischen Attacke besteht. Welche anderen Fähigkeiten der an neuen Aufgaben ja nun wirklich nicht armen Bundeswehr noch gebraucht werden, hat man uns bisher nicht gesagt. Es kennzeichnet ja gerade diesen Terrorismus, dass er nicht militärisch, sondern netzwerkartig agiert. Wo neue oder weitere Qualitäten von Kommando-Einsätzen ver-



Ein Bundeswehrosoldat zurt gemeinsam mit einem polnischen Gefreiten die letzten Teile einer Pontonbrücke über die Neiße an der deutsch-polnischen Grenze fest; im Hintergrund links die brandenburgische Stadt Guben, rechts der polnische Teil Gubin. Angehörige der Bundeswehr und der polnischen Armee proben hier im August 1998 einen Brückenschlag. Der Katastrophenschutz beider Länder arbeitet gleichzeitig in einer „Rahmenübung Katastrophenschutz“, die ein Zusammenwirken der Rettungskräfte beider Länder erprobt. Bild: dpa

Weltkriegs gehörte, den ermordeten Juden die Schuld am Massenmord zuzuschreiben.

Wo personelle, finanzielle und technische Ressourcen der zuständigen Behörden nicht hinreichen, müssen sie sicherlich vermehrt werden. Weitergehende Maßnahmen, die wesentliche Verfassungsgrundsätze aus den Angeln heben oder bis zur Unkenntlichkeit einschränken, dürfen jetzt nicht hastig in die Wege geleitet werden. Neue innere Aufgaben der Bundeswehr, die nicht durch die Notstandsgesetze abgedeckt werden, sind keineswegs auch nur annähernd überzeugend definiert worden. Wo die Streitkräfte besondere

langt werden, wäre es sinnvoll, sie beim Bundesgrenzschutz zu entwickeln – oder hat man schon vergessen, dass es die GSG 9 zwanzig Jahre vor dem Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr gegeben hat?

Auch muss verwundern, wie bereitwillig der Datenschutz gebrandmarkt wird – er sichert unsere unverzichtbaren individuellen Freiheiten unter den technischen Bedingungen der Informationsgesellschaft. Die Datenschützer weisen daraufhin, dass die Exekutive die erforderlichen Befugnisse hat, aber aus eigener Verantwortung eklatante Vollzugsdefizite hat entstehen lassen. Anstatt mit neu-

en Gesetzen den Schutz der Bürger vor der Informationswut der Behörden beiseite zu räumen, sollten besser erst einmal diese Defizite behoben werden.²²

Investitionen in die Vorbeugung sollten nicht übersehen lassen, dass wir keine Gewähr haben, dass sie hundertprozentig verlässlich funktionieren wird. Dies lenkt das Augenmerk auf Maßnahmen der Nachsorge, d. h. der Schadensbegrenzung nach einem terroristischen Angriff. Hierzu zählt zunächst einmal, dass die gefährdetsten Objekte so gut wie möglich geschützt werden. Für Liegenschaften mit hohem Symbolwert und hohem Personalaufkommen während des Arbeitstages empfiehlt es sich etwa, die Klimaanlage und Lüftungsschächte mit Filtern in Gasmaskenqualität und mit Sensoren zu versehen, die das Auftreten ungewöhnlicher Stoffe unverzüglich feststellen und melden, so dass eine Evakuierung und Dekontamination der Gebäude ohne Verzögerung eingeleitet werden kann.

Wesentlich ist auch die Bündelung der Ressourcen medizinischer Behandlung und der Dekontamination. Unser Gesundheitssystem wird ja unter anderen Gesichtspunkten hitzig und kritisch diskutiert; es wäre auf eine terroristisch ausgelöste Katastrophe in einer deutschen Großstadt nicht vorbereitet. Eine Massenvergiftung mit chemischen Kampfstoffen oder eine Masseninfektion mit biologischen muss schnellstmöglich erkannt und durch die zusätzliche Verlegung von Personal und technischen Mitteln von außerhalb bekämpft werden können. Ebenso braucht die Verwaltung einen Überblick über die Fähigkeiten zur Schadstoffbeseitigung, die über so unterschiedliche Stellen wie Bundeswehr, Feuerwehr, Schadstoff- und Abfallentsorgungsunternehmen sowie sogar die Kammerjäger verteilt sind.

Internationale Zusammenarbeit: Bereits die Überlegungen zur Nachsorge führen deutlich vor Augen, dass internationale Zusammenarbeit ein unverzichtbares Muss ist. Die meisten Staaten der Erde wären nicht in der Lage, mit einer terroristisch ausgelösten Katastrophe selbst fertig zu werden. Die professionelle Perfektion, mit der die zuständigen amerikanischen Behörden die Folgen des Doppelschlags in New York und Washington bewältigt haben, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur in den wenigsten

Ländern der Welt Vergleichbares möglich wäre. Wechselseitige Hilfeleistung ist daher von größter Bedeutung. Ein entsprechendes Abkommen mit nachfolgenden operativen Folgen (Meldung von möglichen Hilfeleistungen, Einrichtung einer Koordinationsstelle, Übungen) würde helfen, diese Kooperation in ordentliche und vorausschaubare Bahnen zu lenken. Wechselseitige Hilfe ist um so dringlicher, als die Anstrengungen, die nötig sein werden, um mit den Folgen eines Angriffs mit chemischen, biologischen oder gar nuklearen Kampfmitteln fertig zu werden, noch einmal ungleich höher sind. Gesundheitssysteme – vor allem solche, die nicht auf diesen Notfall vorbereitet sind – werden schnell von dem Ausmaß ihrer Aufgaben überwältigt werden. Die Dekontamination verseuchter Gegenstände, Gebäude oder Stadtteile übersteigt die technischen Fähigkeiten der meisten Staaten. Ein internationales Nothilfeabkommen nach dem Muster der wechselseitigen Unterstützung bei nuklearen Unfällen von 1986 wäre ein sinnvolles Instrument internationaler Sicherheit.

Natürlich kann es nicht mit dem Versuch getan sein, die Folgen eines terroristischen Angriffs möglichst gering zu halten. Das Hauptinteresse ist das Vorbeugen. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf dem systematischen Sammeln, dem Austausch und der Auswertung von Information. Vielleicht die dramatischste Schwäche in der Terrorismusabwehr besteht darin, dass der ungehinderten Internationalisierung des terroristischen Netzwerks keine vergleichbare Veränderung auf der Seite der Dienste gegenübersteht. Ein weitgehender Austausch existiert traditionell nur zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Schon innerhalb der NATO hapert es mit dem Informationsfluss, in der EU ist die geheimdienstliche Zusammenarbeit un-, die polizeiliche unterentwickelt. Die Stärkung von EUROPOL, am 21. September beschlossen, ist daher ein höchst sinnvoller Schritt. Er muss allerdings damit verbunden werden, den Mangel an rechtsstaatlicher Kontrolle von EUROPOL zu beheben. Auch dieser supranationale Teil der Exekutive darf nicht außerhalb rechtsstaatlicher Schranken operieren können.

Geheimdienstliche Kontakte zwischen den USA und Russland waren bisher von wechselseitigem Misstrauen behindert, mit China gibt es sie gar nicht. All das muss anders



„Nicht Kampf, sondern Dialog der Kulturen: Auf Samuel Huntingtons einfache Weltsicht antwortet Harald Müller mit einem Gegenentwurf, in dem er realistische Wege für eine friedliche und auf Kooperation aufbauende Welt weist.“

**Harald Müller,
Das Zusammenleben der Kulturen.
Ein Gegenentwurf zu Huntington**

Frankfurt am Main, 1998

werden, wenn eine wirkliche Chance geschaffen werden soll, größere terroristische Anschläge im Vorfeld aufzuklären und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Die Zusammenarbeit muss sich auch auf das Aufspüren und die Strafverfolgung von Terroristen ausdehnen. Hier liegt mit dem indischen Entwurf für eine Internationale Anti-Terrorismus-Konvention ein brauchbares Instrument vor. Der Entwurf verpflichtet die künftigen Vertragsparteien dazu, in der Ermittlung und Strafverfolgung zusammenzuarbeiten und insbesondere bei gravierenden terroristischen Taten, Versuchen oder Plänen dazu das Privileg politischer Verfolgung, das in vielen Verfassungen Täter vor der Auslieferung schützt, nicht gelten zu lassen. Diese Bestimmung ist von eminenter Bedeutung, weil sie auch in den liberalsten Ländern eine Grenze für das im angeblichen oder tatsächlichen „Befreiungskampf“ Erlaubte ziehen würde. In diesem Feld entstünde damit eine Entsprechung zum humanitären Völkerrecht, das Regeln für die Kriegführung setzt, deren Bruch jetzt auch die internationale strafrechtliche Verfolgung (Internationaler Strafgerichtshof) nach sich ziehen kann. Voraussetzung hierfür ist freilich, dass die USA ihre arrogante Ablehnung gegenüber der Weiterentwicklung des internationalen Strafrechts, insbesondere ihren schädlichen Kampf gegen den Strafgerichtshof aufgeben. Der 11. September muss Anlass zum Umdenken sein; die Europäer sollten das nachdrücklich einfordern.

Es ist klar, wie viel die Terrorismusbekämpfung an Wirksamkeit gewinnen könnte, wenn die zuständigen Behörden auf einem hohen Niveau von Information sich gegenseitig helfen würden und mit Konzentration und Konsequenz ihrer Aufgabe nachgingen. Der ständige Druck auf die Terroristen, der sich aus einer solch konzertierten Verfolgung ergeben würde, könnte die Vorbereitung komplexer und gravierender Terrorakte massiv erschweren.

Voraussetzung ist natürlich, dass die mitarbeitenden Staaten auch die technischen und personellen Mittel haben, um diese Aufgabe zu erfüllen. Für manches ärmere Land, das als Ruheraum, Vorbereitungsbasis, Durchgangsstation oder gar Rekrutierungsfeld für den Terrorismus dient, mag der Aufwand ohne externe Hilfe nicht möglich sein. „Capacity-Building“, d. h. die Bereitstellung

externer Ressourcen, wird auch für diesen Zweck nötig sein. Freilich müssen die Geberstaaten sicherstellen, dass die zur Verfügung gestellten Ressourcen auch wirklich zum Kampf gegen den Megaterrorismus und nicht zur Unterdrückung missliebiger Oppositioneller verwendet werden. Es zeigt sich eben, dass die Globalisierung mit ihrer unvergleichlichen Chance für nichtstaatliche Akteure, die technischen Möglichkeiten von nicht mehr von Staaten kontrollierten Netzwerken zu nutzen, auch ihre dunkle Seite hat. Nicht nur die Verfechter von Menschenrechten und der Interessen von Globalisierungsverlierern nutzen diese neuen Kanäle, sondern auch die Vertreter von Hass und Gewalt.²³ Und es wird einmal mehr deutlich, dass das oft beklagte staatliche Gewaltmonopol eine unverzichtbare Ordnungsfunktion ausübt: Ohne diese Bedingung ist es Regierungen eben unmöglich, ihren Anteil an der Terrorismusbekämpfung wirksam zu leisten.

Terroristen brauchen Ressourcen. Das Geld muss irgendwoher kommen, irgendwo liegen, von irgendwo aus verteilt werden. Den Mittelfluss zu stoppen, ist eine vorrangige Aufgabe. Auch hier gibt es bereits eine brauchbare Handhabe: die Konvention für die Unterdrückung der Finanzierung von Terrorismus, die von der UN-Vollversammlung 1999 verabschiedet wurde, seither aber nur zögerlich ratifiziert worden ist. Sie verpflichtet Staaten zum weitgehenden Informationsaustausch und zur Ermittlung von Finanzströmen, die dem Terrorismus zufließen könnten und rechtfertigt – streng auf diesen Zweck begrenzt – hierfür auch Eingriffe in das Bankgeheimnis. Eine Kampa-



Verhaltene Annäherung: Palästinenserpräsident Jassir Arafat und Israels Außenminister Schimon Peres vor ihm und Peres einigten sich dabei auf Maßnahmen, die zu einer deutlichen Entspannung in dem seit einem Jahr vereinbarten sie bei ihrem ersten Treffen seit der Ausrufung einer Waffenruhe in den Palästinensergebieten die Wieder Unruhen haben in den vergangenen zwölf Monaten etwa 830 Menschen das Leben gekostet.

gne zur zügigen Ratifikation dieses Rechtsinstruments und zu seiner schnellen und wirksamen Implementation ist gerade angesichts des Netzwerkcharakters des Megaterrorismus dringend angeraten.

Wie vom Geld muss man die Terroristen auch von ihren tatsächlichen oder potenziellen Schutzmächten abschneiden. Sie tun sich viel schwerer, wenn sie keine Möglichkeiten zum gemeinsamen Training, zum Ruhen, Planen, Propagieren usw. haben. Nur durch die Duldung oder den aktiven Schutz gleichgesinnter Machthaber in Staaten wächst dieser Terrorismustyp zur realen Gefahr heran. Wenn ein Staat die aktive Planung von Angriffen auf das Territorium anderer Länder duldet oder gar logistisch unterstützt, macht er sich eines Friedensbruchs schuldig. Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta kann dann ebenso gerechtfertigt sein wie Maßnahmen des Sicherheitsrats nach Kapitel VII, welche wirtschaftliche Sanktionen oder militärische Aktionen einschließen können. Diese Art von Unterstützungshaltung von Terroristen



den Gesprächen am 26. September 2001 auf dem Flughafen von Gaza. Arafat und dauernden blutigen Konflikt beider Seiten führen sollen. Unter anderem Aufnahme der „vollen“ Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Die blutigen
Bild: dpa

durch Staaten wirksam zu beenden und dazu auch jene Regierungen zu gewinnen, die in der Zusammenarbeit mit Terroristen bis vor kurzem ein sinnvolles und gerechtfertigtes strategisches Instrument sahen, und die Unbelehrbaren gänzlich zu isolieren, das zählt zu den wichtigsten und schwierigsten diplomatischen Aufgaben der unmittelbaren Zukunft.

Langfristiger Abbau der Rekrutierungschancen für Terroristen: Die Bedingungen zu verändern, welche die Entstehung terroristischer Mentalitäten begünstigen, ist eine vorrangige, wenn auch nur langfristig wirkende Aufgabe. Es muss alles getan werden, damit die Zahl derer, die dem Megaterrorismus den Nachwuchs stellen, vermindert wird. Dass er sich auf null reduzieren lässt, ist indes leider nicht zu hoffen.

Von allen hier diskutierten Maßnahmen überragt eine alle übrigen: die Bearbeitung derjenigen Konflikte, die in der moslemischen Welt die meiste Erbitterung ausgelöst haben und damit zu einer wesentlichen Motiva-

tionsbasis für den terroristischen Nachwuchs geworden sind, der Nahe Osten und Kaschmir. Vor allem der Nahost-Konflikt reizt weit über die Region hinaus den Radikalismus von Moslems an. Er hat für das Verhältnis vieler Menschen im Islam zur Weltordnung und zum Westen eine enorme symbolische Bedeutung gewonnen.

Mit dem 11. September haben die USA erfahren müssen, dass sie selbst in bisher unvorstellbarem Ausmaß Opfer und Risikoträger dieses Konflikts geworden sind. Die Anzeichen sprechen dafür, dass sie auch als Schutzmacht Israels angegriffen worden sind. Auch soll nicht übersehen werden, dass diesem Anschlag eine große Zahl Deutsche zum Opfer gefallen sind, vermutlich mehr als bei allen Terrorakten in Deutschland seit Beginn der RAF-Aktivitäten zusammen. Mit der Solidarisierung nach Artikel V des NATO-Vertrages haben die Verbündeten sich ohnedies einen Teil dieses Risikos aufgebürdet. Damit kann die weitere Entwicklung des Nahost-Konflikts genauso wenig seinen Konfliktparteien überlassen werden, die sich bislang als unfähig und unwillig zur Lösung erwiesen haben, wie man der Destabilisierung des Balkan ungerührt zusehen konnte. Sicher werden die Vereinigten Staaten ihre Interessen neu bewerten, und die Europäer müssen das auch tun. Gut möglich, dass die externe Rolle nach einem solchen Neujustieren mehr an Dayton als an die verschiedenen Camp Davids erinnern wird. Signalcharakter mag in dieser Hinsicht der sorgfältig zwischen Washington und Berlin abgestimmte Druck auf Sharon und Arafat haben, sich jetzt und nicht nur zum Schein um eine Waffenruhe zu bemühen.

Der zweite Pfeiler einer Politik, die auf die Austrocknung des fruchtbaren Bodens für den Terrorismus zielt, ist nicht weniger als die Entwicklung einer Weltsozialpolitik. Zum einen müssen die reichen Länder den Menschen in den benachteiligten Regionen der Welt, die besondere Schwierigkeiten haben, mit den Folgen der Globalisierung fertig zu werden, den Eindruck vermitteln, dass sie ehrliche Anstrengungen unternehmen, deren Lage zu bessern. Die Ideologie, dass eine unflankierte Liberalisierung zwangsläufig die Wohlfahrtssteigerung nach sich zieht, hat sich ebenso wenig bewährt wie der Staatssozialismus. Sie schenkt den besonderen Bedingungen vor Ort, auch den kulturellen, bei

Anmerkungen:

- ¹ Ich benutze diesen Ausdruck, um deutlich zu machen, dass das Ausmaß dieses Anschlags eine neue Dimension des Terrorismus eröffnet hat: Bisher gingen die Opfer einzelner terroristischer Taten in die Hunderte. Hier gehen sie in die Tausende.
- ² Selbst die amerikanischen Streitkräfte führen in ihrem Planungsdokument „Joint Vision 2020“ „Counterterrorism“ unter der Rubrik „Military Operations Other Than War“.
- ³ Vgl. Barbara Zehnpfennig, Ein Haß, der keine Skrupel kennt, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 23. September 2001, S. 4.
- ⁴ Zuerst veröffentlicht in Los Angeles Times, 13. August 1998, B9; vgl. auch International Herald Tribune, 21. September 2001, S. 4.
- ⁵ Mark Juergensmeyer, Terror in the Mind of God, Berkeley u. a. 2000, Kapitel 8.
- ⁶ Harald Müller, Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington, Frankfurt am Main, (Fischer) 1998.
- ⁷ Hans Küng, Projekt Weltethos, München u. a. (Piper) 1992; Dieter Senghaas, Zivilisierung wider Willen: Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst, Frankfurt am Main, (Suhrkamp) 1998.
- ⁸ Ulrich Beck, Risikogesellschaft: Auf den Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1986.
- ⁹ Brian Jenkins, International Terrorism: A New Kind of Warfare, Santa Monica 1974.
- ¹⁰ Noch früher hat Alexander Roßnagel die Gefahr erkannt: Bedroht die Kernenergie unsere Freiheit? Das künftige Sicherheitssystem kerntechnischer Anlagen, München 1983.
- ¹¹ Harald Müller, Nuklearterrorismus – unvermeidlicher Begleiter der Kernspaltung?, in: Wolfgang Gessenharter, Helmut Fröchling (Hg.), Atomwirtschaft und innere Sicherheit, Baden-Baden 1989, S. 141-170, hier S. 142f.
- ¹² Mark Juergensmeyer, Terror in the Mind of God, Berkeley u. a. 2000, S. 19-116.
- ¹³ Bruce Hoffmann, Inside Terrorism, New York (Columbia University Press) 1998.
- ¹⁴ Nuklearschmuggel und Terrorismus, in: Kurt R. Spillmann (Hg.), Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte IV, Zürich 1997, S.129.

weitem zu wenig Augenmerk. Seit den Berichten der Brandt- und Brundtland-Kommissionen liegen eine Reihe von guten, aber nicht verwirklichten Vorschlägen auf dem Tisch. Die Diskussion über die Globalisierung hat weitere Konzepte hervorgebracht, über die nunmehr nicht nur die Experten und Entwicklungsstrategen, sondern auch die Spitzenpolitiker und die Führungskräfte der internationalen Unternehmen und Finanz- und Wirtschaftsorganisationen nachzudenken haben, um sie in Handlungsprogramme umzusetzen. Ohne den Einsatz von Ressourcen wird das nicht möglich sein. Insofern erschreckt es, wenn wir in diesen Tagen von der Politik zwar viel über Mehrausgaben für die Bundeswehr und die innere Sicherheit hören, aber immer noch nicht durchgesickert zu sein scheint, dass eben auch die Entwicklungspolitik der Krisenprävention und der Eindämmung des Terrorismus dient.

Das dritte Element ist der interkulturelle Dialog. Die Fremdheit zwischen dem Westen und der islamischen Welt ist immer noch groß. Die Feststellung, dass der „Kampf der Kulturen“ nicht stattfindet, bedeutet nicht, dass zwischen Westlern und Moslems nicht eine Vielzahl von Differenzen, von Unkenntnis, Missverständnissen, Fehlwahrnehmungen und Vorurteilen herrscht. Der Dialog muss jetzt

über Spezialisten oder Experten hinaus auf eine breitere Basis gestellt werden. Nur so ergibt sich die Chance, in die Tiefe der jeweiligen Gesellschaften zu wirken. Vielleicht ist der Aufbau von Gemeindeparterschaften, in denen der europäische Partner auch zu materieller Hilfe bereit ist, eine Möglichkeit, einen solchen Dialog auf eine gesellschaftliche Basis zu stellen. Anstrengungen von Seiten der Kirchen, aber auch der Politik empfehlen sich als weitere Ebenen eines solchen Dialogs.

Als der stärkere Partner und angesichts seiner historischen Erblast fällt dem Westen hier eine größere Bringschuld zu. Ganz ohne Pflicht ist aber auch die moslemische Welt nicht. Das Bild des religiösen Islam im Westen wird durch militante Geistliche geprägt, die ihre fanatisierten Anhänger zum „Heiligen Krieg“ aufstacheln. Eine eindeutige, öffentliche, unmissverständliche Kampagne, unterstützt von den besten moslemischen Autoritäten, sollte klarstellen, dass Denk- und Handlungsweise der Terroristen mit den Lehren des Koran unvereinbar ist und sich die Täter außerhalb der Umma, der Gemeinschaft der Gläubigen, stellen. Zwar ist im Islam mangels kirchenähnlicher Strukturen ein solches „Hirtenwort“ schwerer zustande zu bringen. Bei gutem Willen könnte aber eine Gruppe von islamischen Geistlichen aus aller Welt mit einer solchen „Fatwa“ viel bewirken, wenn sie mit traditionellen (Freitags-

gebete) und modernen (Internet, CDs, Kassetten, Videos usw.) Mitteln über die moslemische Welt verbreitet würde. Der Zugewinn an Vertrauen in den westlichen Ländern wäre hoch – vielleicht besteht die Möglichkeit, dass die moslemische Gemeinden in Deutschland die Initiative dazu ergreifen?

Weltpolitischer Imperativ: Die Chance der Kooperation

Was hat sich weltpolitisch seit dem 11. September verändert? Nicht die Machtverhältnisse, aber sicher die Prioritäten der Sicherheitspolitik und der Nutzen von Unilateralismus. Der Megaterrorismus ist nun klar und unbestreitbar Sicherheitsproblem Nummer eins. Der Unilateralismus als sicherheitspolitische Strategie hat dagegen bei objektiver Analyse ausgedient. Die USA, stärkste Macht der Welt, sind nicht aus eigener Kraft in der Lage, sich zu schützen. Sie brauchen die Zusammenarbeit von Staaten, zu denen die Beziehungen sich in den letzten Jahren abgekühlt haben, die als zweifelhafte Kandidaten oder potenzielle Rivalen, ja gar als Schurkenstaaten etikettiert worden waren: Russland, China, Pakistan, vielleicht sogar Iran und Syrien.

Das gemeinsame Interesse, der neuen Hauptgefahr zu wehren, einigt die großen Mächte der Welt, einigt die Staaten über regionale und kulturelle Abgrenzungen hinweg eher als es sie trennt. Daraus ergibt sich zehn Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts unvermutet eine zweite große Chance, das elf Jahre lang Versäumte nachzuholen und die Weltpolitik auf eine kooperative Basis zu stellen, in deren Zentrum der konsequente und nachhaltige Kampf gegen den Megaterrorismus steht.

Voraussetzung ist, dass die unilateralste aller amerikanischen Regierungen seit dem Zweiten Weltkrieg die Zeichen der Zeit erkennt und energisch in eine neue, multilaterale und kooperative Richtung führt. Die umfangreichen Konsultationen, die von Washington aus in den letzten Tagen in die Wege geleitet wurden, geben Hoffnung darauf. Hierzu zählen ständige bilaterale Gespräche mit China, Russland und Indien, Initiativen in der arabischen Welt, die ersten substanziellen Kontakte mit Iran sowie eine intensive Befassung des Sicherheitsrats, der

Palästinenserinnen versammeln sich zum Freitagsgebet auf dem Jerusalemer Tempelberg: Oft Auslöser gewalttätiger Auseinandersetzungen, aber vielleicht auch Gelegenheit zum Aufruf für einen interkulturellen Dialog. Bild: dpa



in einer knappen Woche bereits zwei Entschlüsse verabschiedet hat. In seiner Rede vor dem Kongress hat Präsident Bush die Notwendigkeit einer breitestmöglichen Konsultation eindrucksvoll beschworen. Respektvolle und versöhnliche Worte, wie sie



Bundesaußenminister Joschka Fischer bei seinem Treffen mit US-Außenminister Colin Powell am 19. September 2001 in Washington. Im Kampf der USA gegen den internationalen Terrorismus setzt Deutschland trotz des erwarteten Militärschlags auf Besonnenheit. Die US-Regierung wolle sich nicht von „Rachegefühlen“ leiten lassen, sondern von „kluger Überlegung“, sagte Fischer und sicherte den USA gleichzeitig die „uneingeschränkte Solidarität“ der Bundesregierung zu. Deutschland sei Teil der internationalen Anti-Terror-Koalition und schließe keine Option bei der Beteiligung im Kampf gegen den Terrorismus aus. Bild: dpa

aus den USA bislang so nicht zu hören waren, fand er für die Welt des Islam, er erwähnte selbst die iranischen Opfer, die die Anschläge in New York gefordert haben. Allerdings fiel auf, dass China und Russland, zwei unverzichtbare Koalitionspartner, nicht genannt wurden. Gleichfalls schwieg sich der Präsident über die Rolle der Vereinten Nationen aus. Das sind Lücken, die zu denken geben.

In der amerikanischen Regierung gibt es Gegensätze. Die Rolle des Außenministers Powell ist sichtlich gestärkt. Er plädiert für einen entschlossenen Multilateralismus. Den Gegenpol stellt der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz dar, der den Schlag gegen die Attentäter kurzerhand damit verbinden möchte, das Regime Saddam

Husseins im Irak von der Macht zu bomben und die Stellungen von Hisbollah und Islamic Djihad im libanesischen Bekaa-Tal auszuheben. Wolfowitz, der bereits 1992 Verantwortung für eine Studie des Verteidigungsministeriums trug, in der Japan und

Deutschland als mögliche künftige Feindstaaten nominiert wurden, ist überdies durch eine Reihe von extremen Äußerungen hervorgetreten. Es ist deutlich, dass dieser Hardliner der gegenwärtigen Lage nicht gewachsen ist. Solange radikale Positionen wie diese in der Regierung führend vertreten sind, bleiben vor allem für die Bündnispartner der USA gravierende Unsicherheitsfaktoren bestehen. Hinzu kommt, dass im Kongress die Notwendigkeiten und Zwänge der Koalitionsbildung nicht verstanden werden. Dass er gerade jetzt, wo die Solidarität Russlands und Chinas wirklich gebraucht wird, das

Raketen-Abwehr-Programm vorantreiben möchte, kann nur Kopfschütteln auslösen. All das sollte jedoch nicht davon abhalten, die unvergleichliche Chance wahrzunehmen, die der 11. September – bei aller Tragik – für eine neue, kooperative und multilaterale Ordnung eröffnet hat, indem er für die Sicherheitspolitik aller großen Mächte gebieterisch neue Prioritäten definiert hat.

**Nicht Zeitenwende,
sondern Wasserscheide**

Eine Zeitenwende stellt der 11. September nach meiner Einschätzung nicht dar. Diese Bezeichnung wird man dem Ende des Ost-

Anmerkungen:

¹⁵ Brad Roberts (ed.), *Terrorism with Chemical and Biological Weapons: Calibrating Risks and Responses*, Alexandria, Va., Institute for Defense Analysis, 1997; Jonathan B. Tucker (ed.), *Toxic Terror: Assessing Terrorist Use of Chemical and Biological Weapons*, Cambridge, MA, MIT Press 2000

¹⁶ Ashton Carter/John Deutch/Philip Zelikow, *Catastrophic Terrorism*, in *Foreign Affairs*, Vol. 77, No. 6, Nov./Dec. 1998, 80-94; Walter Laqueur: *The New Face of Terrorism*, *The Washington Quarterly*, Vol. 21, No. 4, Autumn 1998, p. 169.

¹⁷ Mark Juergensmeyer, *Terror in the Mind of God*, Berkeley u. a. 2000, Kapitel 9 und 10.

¹⁸ Walter Reich, *Origins of Terrorism: Psychologies, Ideologies, Theologies, States of Mind*, New York 1990; Robert S. Robins/Jerold Post, *Political Paranoia: The Psychopolitics of Hatred*, New Haven 1997.

¹⁹ Dazu immer noch hochaktuell: Paul Wilkinson, *Political Terrorism*, London 1974; Martha Crenshaw, *The Logic of Terrorism: Terrorist Behavior as a Product of Strategic Choice*, in: Walter Reich, a.a.O., S. 7-24.

²⁰ Martin van Creveld, *The Transformation of War*, Macmillan, New York et al. 1991.

²¹ Siehe Anmerkung 4.

²² Vgl. das Interview mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten Joachim Jacob, in: *Süddeutsche Zeitung*, 19. September 2001, S. 6.

²³ Volker Rittberger/Christina Schrade/Daniela Schwarzer, Introduction, in: Mithia Alagappa/Takashi Inoguchi (Hg.), *International Security Management and the United Nations*, Tokio u. a. 1999, S. 109-138

²⁴ Siehe Anmerkung 4.

West-Konflikts, der die großen Verhältnisse der Welt neu sortiert hat, vorbehalten. Angemessener erscheint mir die Metapher einer Wasserscheide: ein definierender Augenblick, in dem die Akteure vor mehreren Optionen stehen. Je nachdem, wie sie sich entscheiden, wird die Weltpolitik sich in unterschiedliche Richtungen entwickeln.

Die Herausforderung ruft nach einer kooperativen, multilateralen Antwort. Die strategische Aufgabe, zur Abwehr der neuen Gefahr die größtmögliche, regionen- und kulturenübergreifende Koalition zu schmieden, ist klar. Dies verlangt nach einer Neubestimmung der macht- und sicherheitspolitischen Prioritäten, erfordert die gemeinsame Anerkennung des Umstands, dass angesichts des enormen Sicherheitsproblems, welches hier zutage getreten ist, bislang Trennendes beiseite geschoben und als zweitrangig definiert wird. Werden die Akteure die Weitsicht zeigen, diese Anforderung zu erfüllen?

Die Last liegt am stärksten auf den USA. Sie sind Opfer der Attacke, ihre Bevölkerung und ihre Regierung sind am stärksten von dem Schock betroffen und sicher ist auch der Wunsch nach Vergeltung hier am stärksten ausgeprägt. Zugleich sind die USA indes nicht nur Opfer, sondern weiterhin unangefochten Weltführungsmacht. Von ihren Entscheidungen hängt es in erster Linie ab, welchen Weg die Weltpolitik nimmt.

Eine Regierung, die bisher ganz andere Akzente setzt, ist gefordert, die größte multilaterale Diplomatie-Kampagne zu leiten, von ihrer bislang ausschließlich militärisch definierten Sicherheitspolitik abzurücken und eine Politikmischung zustandezubringen. Überdies muss sie, so stark der innenpoliti-

sche Druck auch sein mag, dafür Sorge tragen, dass ihre Militäraktionen die Chancen für eine multikulturelle Koalition gegen den Terror nicht schon im Anfangsstadium zersprengen.

Bislang haben die USA eine Melange aus Besonnenheit, eindrucksvoller diplomatischer Aktivität, aber auch ungeschickter Metaphorik und Rhetorik und hoher öffentlicher Konzentration auf militärische Vorbereitungen gezeigt. Die Europäer haben in den vergangenen Tagen in einer zwischen Paris, London und Berlin konzertierten Kommunikationsstrategie zu Recht deutlich gemacht, dass sie besonnenes Handeln erwarten.

Mit ihrer Zustimmung, Artikel V des NATO-Vertrages anzuwenden, haben sie freiwillig das amerikanische Risiko geteilt. Damit haben sie die unvermeidliche Konsequenz aus der „Fatwa“ Bin Ladens von 1998 gezogen, der Streitkräfte wie Zivilisten nicht nur der USA, sondern auch ihrer Verbündeten zu Zielen terroristischer Attacken erklärt hat.²⁴ Die Illusion, dass die Europäer durch

„Wegducken“ der Gefahr entgehen könnten, haben sie vermieden. Damit haben sie indes einen unverbrüchlichen Anspruch erworben, vor kritischen Entscheidungen der amerikanischen Regierung gehört zu werden. So wie die Verweigerung der Solidarität mit den USA die atlantische Allianz gesprengt hätte, so wäre die NATO von Grund auf gefährdet, wenn die Exekutive in Washington die Bedenken und Interessen der Europäer nicht berücksichtigen würde.



Prof. Dr. Harald Müller (Jahrgang 1949) ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der HSFK, Leiter der Forschungsgruppe „Rüstungskontrolle und Abrüstung“ und Professor für Internationale

Beziehungen an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 30 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Forschungsgruppen zu den Themen: Rüstungskontrolle und Abrüstung, Internationale Organisation, Entwicklung und Demokratie sowie Gewaltprävention und Konfliktintervention. Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK“- und „PRIF-Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in deutsch und englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konflikt

forschung“ stellen darüber hinaus die grundlegenden Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und die beiden Friedensforschungsinstitute IFSH und FEST seit 1987 ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in der Friedens- und Sicherheitspolitik analysiert und kommentiert.

V.i.S.d.P.: Nicola Buskotte, Presse- und Öffentlichkeitsreferat der HSFK, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 95 91 04-0, Fax (069) 55 84 81

E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Druck: CARO Druck ISSN 0945-9332